

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Mittwoch, den 26. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Zwanzig Jahre unter dem gemeinen Recht.

Am 25. Januar 1890 lehnte der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab. Am Tage vorher sah es noch ganz anders aus. In zweiter Lesung wurde am 24. Januar mit 166 gegen 11 Stimmen die Vereiwigung des Schandgesetzes beschloffen; allerdings mit einem kleinen Schönheitsfehler. Die Nationalliberalen, die fürchteten, daß die Wähler im Februar 1890 sich nicht würden in gleicher Weise nachführen lassen wie bei den berückhtigten Faschingswahlen drei Jahre vorher, lehnten die Vereiwigung der Ausweisungsbefugnis ab. Bismarck und die Junker hielten aber am kleinen Belagerungszustand fest, und so kam es zu einem Bruch in der ausnahmegesetzfreundlichen Mehrheit. In dritter Lesung — am 25. Januar —, als über die ganze Vorlage abgestimmt wurde, stimmten die Konservativen — eben weil die Ausweisungsbefugnis gestrichen war — mit der Opposition gegen das ganze Gesetz, das nunmehr mit dem 1. Oktober sein Ende erreicht hatte, wenn — ja, wenn nicht eine neue Vorlage die Vereiwigung des Sozialistengesetzes brachte.

Allgemein war man damals in der sozialdemokratischen Partei der Ansicht, daß die Junker so leichten Herzens das Sozialistengesetz nur deswegen fallen gelassen, um nach einer für sie günstig ausgefallenen Wahl dasselbe vielleicht in noch brutaler Form aufs neue durchzudrücken. Der ganze Wahlkampf stand unter der Befürchtung, daß es sich bei dieser von der Regierung ruhig hingenommenen Ablehnung einer weiteren Verlängerung um ein *Wahlmanöver* Bismarcks und seiner Clique handelte, die sich dabei des stillen Einverständnisses der Nationalliberalen sicher war.

Der Ausfall der Wahl machte diesen Befürchtungen ein Ende. Der gewaltige Aufschwung der Sozialdemokratie legte nicht nur das Sozialistengesetz endgültig, sondern auch seinen Schöpfer — Bismarck — hinweg. Der Kaiser selbst hatte vor der Sozialdemokratie kapituliert, denn die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die durchgreifende sozialpolitische Reformen verhießen, wurden in der Sozialdemokratie und insbesondere von „Sozialdemokrat“, unserem in London erscheinenden Zentralorgan, als eine glatte Kapitulation vor der Macht der Sozialdemokratie angesehen.

Vom 1. Oktober 1890 ab galt also für die Sozialdemokratie das gemeine Recht wieder. Indessen, das ist nur eine Fiktion. Die Klassenjustiz sorgt und hat von je gefordert, daß die Sozialdemokratie auch unter dem gemeinen Recht nicht minder verfolgt wird als unter dem Ausnahmezustand. Vom Jahre 1891 ab registriert der Parteivorstand die ihm bekannt werdenden Strafen, die wegen politischer Vergehen über Sozialdemokraten verhängt werden. Und in den alljährlichen Rechenschaftsberichten des Parteivorstandes erscheinen diese Straf tabellen als Dokumente der herrschenden Klassenjustiz. Wir lassen nachstehend die Jahresstrafsummen seit 1890-91 bis 1908-09 folgen:

Jahr	Zuchthausstrafen		Gefängnisstrafen		Geldstrafen
	Jahre	Mon.	Jahre	Mon. u. Woch. Tage	
1890/1891	—	—	89	2	18 262
1891/1892	36	10	80	2	26 532
1892/1893	23	1	63	7	31 937
1893/1894	—	—	68	8	48 747
1894/1895	18	6	64	10	34 220
1895/1896	—	—	84	8	31 778
1896/1897	—	—	118	8	28 229
1897/1898	—	—	54	7	19 948
1898/1899	—	—	74	1	23 251
1899/1900	6	8	64	7	16 427
1900/1901	2	—	92	11	26 900
1901/1902	3	—	48	8	17 659
1902/1903	14	—	36	5	16 707
1903/1904	—	—	43	2	21 552
1904/1905	2	3	65	7	15 400
1905/1906	2	4	66	1	24 861
1906/1907	2	6	33	10	30 600
1907/1908	—	—	18	8	33 446
1908/1909	—	—	27	10	28 450
In Summa 111	2	1126	11 1/2	—	488 801

Hierzu kommen noch rund 26 Jahre Gefängnis, die wegen der Streikunruhen in Herne gelegentlich des großen Bergarbeiterausstandes 1898-99 ausgesprochen wurden und die 53 Jahre Zuchthaus- und 8 Jahre Gefängnis, die den *Löbtau*er Bauarbeitern von dem Dresdener Schwurgericht auferlegt wurden. Auch die 1 1/2 Jahre Festung des Genossen *Liedknacht* lassen sich in die vorstehende Tabelle nicht einreihen.

Diese Klassenurteile zu den anderen hinzugerechnet, ergibt in den 20 Jahren

1326 1/2 Jahre Freiheitsstrafen,

darunter 164 Jahre Zuchthaus und fast eine halbe Million Mark an Geldstrafen! Unter dem gemeinen Recht!

In der Abschiedsnummer des „Sozialdemokrat“ schrieb Friedrich Engels:

„Die Reichsregierung will es uns gegenüber einstweilen wieder mit dem gemeinen Recht versuchen, und so wollen wir es einstweilen wieder mit den gesetzlichen Mitteln versuchen, die wir uns vermittelst kräftigen Gebrauchs der ungeglichen wieder erobert haben. Ob dabei die „geglichen“ Mittel wieder ins Programm aufgenommen werden oder nicht, ist ziemlich gleichgültig. Versucht man es, vor der Hand mit den geglichen Kampfmitteln auszukommen. Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Gegenpartei ebenfalls geglich verfährt. Versucht man, sei es durch neue Ausnahmegeetze, durch rechtswidrige Urteile und Reichsgerichtspraxis, durch Polizeiwillkür oder durch sonstige ungegliche Übergriffe der Exekutive, unsere Partei wieder tatsächlich außerhalb des gemeinen Rechts zu stellen, so treibt man die deutsche Sozialdemokratie abermals auf den ungeglichen Weg als den einzigen, der ihr noch offen steht.“

Die „Voraussetzungen“ für den „geglichen“ Kampf der Sozialdemokratie sind, wie die Straftabelle zeigt, nicht eingetreten, vielmehr ist durch Gerichtsurteil ausdrücklich festgestellt worden, daß z. B. seinerzeit in Sachsen Klassenjustiz gegen Sozialdemokraten geübt wurde. Trotzdem ist die Sozialdemokratie auf dem geglichen Boden geblieben und sie zeigt damit wieder, daß sie allein den Kampf gegen die Ungeglichen zu führen gewohnt ist. Aber das ist kein Trost; die Klassenjustiz muß gebrochen werden, gebrochen durch die politische Macht der Arbeiterklasse. Mag deshalb diese Erinnerung an die Opfer des Klassenkampfes in den letzten 20 Jahren eine Mahnung sein, die Reihen der Kämpfer zu stärken und nicht zu raffen, bis die Herrschaft des Unrechts und der Willkür gebrochen ist.

Politische Rundschau

Deutschland.

Eine Diamantendebatte.

Die Beratung des südwestafrikanischen Nachtragselals im Reichstags am Dienstag gestaltete sich, wie vorausgesehen war, zu einer Diamantendebatte. Um Diamanten drehte sich das Referat des Berichterstatters *Semler*, um Diamanten die langatmige Rede *Erzberger*s, um Diamanten der furchtbar matte und langweilige Exkurs des Staatssekretärs *Vernburg*, den nur ein einziger Mann mit Aufmerksamkeit anhörte, *Vernburg* senior nämlich, der von der Diplomatenloge herab mit väterlicher Vergeltung auf seinen Sprößling herabschaute.

Der Lüderichbucker Krakeel spielte natürlich in der Debatte eine große Rolle. Unsere Leser kennen die burleske Geschichte der Diamantenrebellion, die am Lüderichbucker Bürgermeister ihren Führer und, wie es scheint, am Gouverneur und Sittlichkeitsapostel *Schuckmann* einen ganz oder halb geheimen Gönner hat. Im Streit mit den Lüderichbuchtern ist das Recht unzweifelhaft auf *Vernburg*s Seite. Das bestritt auch niemand im Reichstags, obwohl der nationalliberale Kolonialchauvinist *Arning* wie ein gerissener Rechtsanwält auf mildernde Umstände für die Krakeeler plädierte. Bekanntlich hat die Kommission auf *Singers* Antrag einstimmig Übergang zur Tagesordnung über das im Vertischen Knutenstil gehaltene Telegramm der Diamantenrebellin beschlossen. Selbstredend bedeutet unser Eintreten für *Vernburg* in diesem Spezialfall in keiner Weise eine Zustimmung zu der Kolonialpolitik des Herrn *Vernburg*. Gewiß unterscheidet sich der Staatssekretär sehr zu seinem Vorteil von der Gesellschaft da unten im Südwesten. Aber im Prinzip stehen sie beide auf demselben Boden der ausbeuterischen Konquistadorenpolitik, die eine direkte Fortsetzung der Praktiken *Pizarros* und *Genossen* ist. Mit großer Schärfe brachte Genosse *Ledebour* unsere unbedingte Ablehnung dieser ganzen Kolonialpolitik zum Ausdruck.

Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt.

Die Geschäftslage des Reichstags.

Der Senatorenkonvent besprach Dienstag abermals die Kontingentierung der Debatten, speziell beim Etat des Innern. Eine Einteilung der Generaldebatten in Materien würde die Debatte nur verlängern. Darin war man einig. Es handelt sich gegenwärtig nur um die Fertigstellung des Etats; die Zeit dazu ist kurz, daher ist der Weg der Kontingentierung beschritten worden. Diese Kontingentierung wird sich aber nur darauf beziehen, daß

die allgemeine Debatte 3 Tage und die Spezialdebatte 4 Tage dauern wird. Bei der allgemeinen Debatte werden Resolutionen wie bisher gestellt werden können, nur soll die Zahl derselben möglichst beschränkt werden. Bei der Spezialberatung bleibt dagegen alles wie bisher. Die Frage, ob Initiativanträge in Resolutionen umgeformt werden können, bleibt offen. Die einzelnen Parteien verzichten nicht darauf, speziell die in den Initiativanträgen niedergelegten Materien gründlich zu behandeln. Auf die Schwerinstag soll darum mehr Gewicht gelegt werden, obgleich Schwerinstage wegen der Kürze der Zeit bis zur Fertigstellung des Etats nur alle 14 Tage stattfinden. Die Frage, warum der Militärstat bereits auf die Tagesordnung gesetzt sei und nicht der Etat des Reichsamts des Innern, wurde damit erledigt, daß vorläufig anderer Stoff nicht vorlag, die Budgetkommission sehr langsam arbeite und darum diese Reihenfolge gewählt wurde. Sobald als möglich soll jedoch der Etat des Innern auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Budgetkommission des Reichstages

legte am Dienstag die Beratung über den Etat der südwestafrikanischen Kolonien fort. Die Position 9, Dienstaufwandsentschädigung für den stellvertretenden Gouverneur wurde ausgelegt, weil die Frage der Repräsentationskosten in den Kolonien überhaupt gründlich erörtert werden soll. Abg. *Semler* fragt an, ob dem Staatssekretär bekannt sei, daß die weiße Bevölkerung von Lüderichbucht dem Gouverneur *Schuckmann* und dem Bürgermeister *Krepplin* als Demonstration gegen die Beschlüsse der Budgetkommission einen Fackelzug gebracht haben. Es gehe nicht an, daß der Gouverneur eine Stellung einnehme, die es ermöge, daß er gegen den Staatssekretär ausgespielt werden könne. Überhaupt sei er (*Semler*) mit der Verwaltung dort nicht zufrieden, der Gouverneur gehe, wie aus den Akten ersichtlich, sehr nachhaltig mit dem Gelde um. Er lasse Sachen fallen, auf die sein Vorgänger das größte Gewicht gelegt habe. Die Kolonie könne man nicht als pommerisches Rittergut behandeln. — Staatssekretär *Vernburg* erklärt, daß er noch keine weitere Nachricht erhalten habe, als die aus den Zeitungen. Er halte es aber für absolut unmöglich, daß der Gouverneur der von der Regierung, vom Bundesrat und vom Reichstags eingenommenen Stellung entgegenhandeln würde. — Genosse *Ledebour* vertritt anderen Rednern gegenüber das Recht zu demonstrieren, auch in Südwestafrika. Gouverneur *Schuckmann* sei wahrscheinlich auch nur das Objekt der Demonstration gewesen. Für Umzugskosten und Dienstreisen werden statt 480 000 Mk. 580 000 Mk. gefordert. Nach langer Debatte wurde der Posten bewilligt.

Gegen das geheime Wahlrecht in Preußen

eijert der konservative „*Reichsbote*“. Das Blatt will sich mit dieser Stellungnahme offenbar wieder den nötigen Einfluß in konservativen Kreisen sichern, den es verloren hatte, als bei der Reichsfinanzreform die Steuerpolitik der Konservativen tabelte. Das Blatt schreibt zu der Frage der geheimen Stimmabgabe bei der preussischen Landtagswahl: „Die Ethik der Heimlichkeit erscheint uns schon deshalb umso weniger verlockend, weil sie wie nachgewiesen der Autorität des Staates gefährlich werden kann. Mag also auch die öffentliche Wahl ethisch bedenklich erscheinen, zum Gedeihen des Staatsganzen ist sie vorläufig noch unentbehrlich. . . . Einerseits seien die Sozialdemokraten noch immer ausgesprochen vaterlandsfeindlich gesinnt, das Zentrum habe vor allen Dingen römische, die Polen großpolnische Gesichtspunkte zum Ziele, deshalb müsse der Staat im Interesse der Selbsterhaltung wohl oder übel die praktischen Erwägungen in den Vordergrund stellen und danach auch die Frage beurteilen, ob er mit der Ethik der geheimen Wahl nicht sehr bald völlig unter den Schlitzen kommen würde. Die Rattowitzer Stadtverordnetenwahl dürfte in dieser Beziehung eine so deutliche Antwort gegeben haben, daß jeder Zweifel bis auf weiteres ausgeschlossen ist. Wenn bei einer einfachen Stadtverordnetenwahl schon 86 Staatsangestellte sich von fremden Einflüssen haben irreführen lassen, so wird der Staat kaum in der Lage sein, die Kontrolle, die ihm das Gesetz augenblicklich für solche Fälle noch in die Hand gelegt hat, freiwillig aufzugeben.“

Ein neues Armeekorps im Reichsland?

Der Pariser „*Temps*“ weiß zu berichten, daß an der lothringisch-französischen Grenze ein neues Armeekorps, das die Nummer 20 erhalten soll, errichtet wird. Es wird die Linie Saarburg-Kemilly beherrschen, mit ihm werden fünf Armeekorps an der französischen Grenze stehen. Das neue Korps soll bestehen aus den Infanterieregimentern 59 (Saarburg), 65 (Mörhang), 86 (Saint-Avold), welche Truppen bisher dem 16. Korps angehörten, und 32 (Saarbrücken), bisher beim 8. Korps. Artillerie und Kletter sollen dem neuen Korps durch Neuformationen oder von

beiden Korps geliefert werden. Verschiedene weitere Verschreibungen sind die Folge dieser Änderung der Ordre de bataille, von der am Ende gar deutsche Staatsbürger und Steuerzahler aus französischen Zeitungen erfahren müssen, denn in diesjährigen Militärstatistik sind die „notwendigen“ Ausgaben für die zwei Divisionsstäbe und den Korpsstab nicht eingestellt. Ob es übrigens sehr nach der so oft beteuerten Friedenssehnsucht aussieht, in der Zeit der Mannesmann-Affäre und der Zolländerungen eine solche Maßregel zu treffen, kann füglich bezweifelt werden.

Nationalliberale und Bund der Landwirte.

Die Stellung der Nationalliberalen zum Bund der Landwirte ist nicht überall dieselbe. In einigen Teilen des Reichs behandeln sich beide als gute Freunde. So in Schleswig-Holstein. In Hessen gar bekunden die Nationalliberalen ihre Freundschaft förmlich demonstriert. In einer Hauptversammlung des Bundes der Landwirte, die in Worms, dem Wahlkreise des aus der nationalliberalen Partei vorläufig ausgeschiedenen Freiherrn v. Seyl, stattfand, nahm auch der Wahlkreisvorsitzende der nationalliberalen Partei teil. Mit lebhafter Genugtuung konstatierte die „Deutsche Tageszeitung“, daß dieser Herr unter dem lebhaften Beifall der Bündler namens der Mehrheit seiner Parteifreunde erklärte:

„Dieses wird verjüngt, in erster Linie selbstverständlich von den gegnerischen Parteien, einen Gegensatz zwischen uns zu konstatieren, aber vergeblich. Wir gehören zusammen und sind zusammengegangen seit Gründung des Reichs, und von der Zeit an, seit wir das erste Mal zum norddeutschen Reichstag wählen durften, und das ist jetzt so seine 45 Jahre her. Unsere Beziehungen zueinander sind also uralte und selbst Ihre neueste Organisation hat nichts daran zu ändern vermocht. Von Gegensätzen kann also keine Rede sein. Ich hoffe deshalb, daß unsere alten freundschaftlichen Beziehungen bestehen bleiben, und daß das Band, das uns beide aus gemeinschaftlichem Interesse heraus umschlingt, als unzerreißbar sich erweisen und gestützt auf gegenseitiges Vertrauen sich immer fester gestalten werde.“

Es ist allerdings wahr, daß der entartete Liberalismus, der sich zum „Nationalliberalismus“ durchmauterte, schon gleich nach 1896 Anknüpfung an die Sozialpartei suchte und fand.

Der Nachfolger des Herrn v. Löbell.

Für den wegen Krankheit zurückgetretenen Oberpräsidenten von Löbell soll der Regierungspräsident in Potsdam von der Schulenburg als Nachfolger ausersuchen sein. Die Befegung der Stelle dürfte in den nächsten Tagen erfolgen, da eine noch längere Bekanntheit nicht angezeigt erscheint.

Scharfmacherarbeit.

Wir haben bereits berichtet, daß am Montag in Berlin die im Bund der Industriellen organisierte Scharfmacher ihrer Generalversammlung abhielten. Nachdem der Aufsicht der Scharfmacher, d. h. die Regierung, durch ihren Vertreter hatte erklären lassen, daß sie der Forderung der Scharfmacher hatte, entwickelte Dr. Wendtlandt (Berlin) das ganze reaktionäre Programm, indem er die vorjährige Tätigkeit des Bundes der Industriellen Revue passieren ließ. Natürlich nur um die „Kulturaufgaben“ zu fördern wandle sich der Bund gegen die nutzweckmäßige und unorganische Verrentung, die die Reichsversicherungsordnung vorziehe. Aus gleichen und ähnlichen Gründen habe sich der Bund gegen das Arbeitskammergesetz gewandt. Noch weniger annehmbar seien einige Vorschläge zur Gewerbeordnungsnovelle gewesen, die insbesondere auf die Errichtung obligatorischer Arbeiterschüsse hinarbeiteten. Es müsse endlich einmal die Einsicht in Deutschland durchdringen, daß die Industrie nicht nur dafür da ist, Lasten zu tragen, sondern in erster Linie Werte zu schaffen, Arbeitsgelegenheiten zu bieten, und Land und Leute zu ernähren. Viel mehr Unverschämtheit kann man kaum noch von den preussischen Junkern erwarten. Nicht die Industrie, sondern der Industriearbeiter ist es, der heutzutage in erster Linie Werte schafft und „Land und Leute“ zu heizen: auch das ganze Heer der besitzenden Landwirte erachtet. Und angesichts dieser Tatsachen erwartet die Arbeiterschaft, daß sich „endlich einmal die Einsicht in Deutschland durchdringt“, daß dieser schamlosen Ausbeutungs- und Knöchelarbeit bald ein Ende gemacht werden muß.

In der Besprechung des Geschäftsberichts stellte Regierungsrat a. D. von Sudzin, also ein Mann, der es wissen muß, die Schantung auf, daß die Erhöhung der Arbeitelöhne die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie erweise. Der Direktor des Hanjabundes, Knoblauch, wies die gleiche Wirkung den „Lasten“ der Produktionskosten für die Versäuerungen und deren Sortierung zu. Das gleiche Scheitern erleben schon die englischen Industriellen vor anderhalb 70 Jahren bei Einführung der ersten Fabrikgesetze, und so wiederholt es sich auch bei allen übrigen Unternehmern, ohne Unterschied der Nationalität. Sobald auf dem Wege der Gesetzgebung für die Arbeiterklasse Verbesserungen geschaffen werden sollen, nichts kann den Widerstand dieser kapitalistischen Behauptungen besser widerlegen, als die rapide Entwicklung der englischen und deutschen Industrie. Trotzdem soll die Scharfmacherei noch planmäßiger gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt betrieben werden. Das künftige der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann in der Generalversammlung mit den Worten an, daß der Stimmungswechsel in den gebildeten Kreisen, immer zugunsten der Arbeitnehmer bei allen sozialpolitischen Forderungen sich zu entscheiden, entgegengekehrt werden müsse. Höher als die Sozialpolitik, die für Aller liegt, sei eine gesunde Wirtschaftspolitik, die in gewissen Tagen für ein gutes Auskommen Sorge. Und dann verkündete Professor Dr. Kieffer (Berlin) der Mikrot, wie der Hanjabund „sozialistische“ Politik treibe. Der Herr Professor, der ebenfalls ebenfalls Vorsitzender des

Hanjabundes ist, betonte nämlich, daß der Bund keine politische Partei sei, aber damit solle nicht gesagt sein, daß der Hanjabund nicht politisch tätig sein wolle. Bei den Wahlen wolle er sogar sehr politisch tätig sein. Es solle jeder unterstellt werden, daß sich auf die vom Hanjabund aufgestellten Richtlinien stelle, und es solle jeder bekämpft werden, der diese Richtlinien nicht anerkenne.

Am Schlusse stimmte die Versammlung einer Resolution zu, die sich gegen die schwere und überflüssige Belastung der Industrie durch die Reichsversicherungsordnung wendet. Mit Entschiedenheit wendet sich auch der Bund gegen eine Beschränkung der bestehenden Betriebskrankenkassen und empfiehlt, die alte Zahl von 50 Arbeitnehmern als Mindestziffer für den Bestand einer Betriebskrankenkasse wieder herzustellen. Mit der Erhöhung der Unternehmerbeiträge zur Krankenversicherung von einem Drittel auf die Hälfte erklärt sich der Bund nur unter der Voraussetzung einverstanden, daß in dem Vorstand der Krankenkasse das gleiche Stimmrecht für Unternehmer und Arbeiter gewährleistet und der Vorsitz dem Unternehmer zugestanden wird.

Das Fazit der Generalversammlung der Scharfmacher ist demnach: weniger Sozialpolitik — niedrigere Löhne. Das magt man noch auszusprechen, obgleich erst im letzten Jahre die Konsumartikel der breiten Masse so eminent von den herrschenden Klassen verteuert worden sind. Arbeiter, beantwortet solche Schamlosigkeit der Unternehmer mit dem eifrigsten Ausbau eurer Kampforganisationen.

Die Casablanca-Entscheidungen.

Die Forderungen der einzelnen Staaten an Marokko sind von einer internationalen Kommission geprüft und nun in folgender Weise festgestellt worden: Deutschland erhält statt 2 469 491 Frank nur 1 297 502 Frank. Insgesamt sind von den erhobenen Ansprüchen in Höhe von 26 473 366 Frank 13 069 642 Frank als berechtigt anerkannt worden.

Die Handelsbeziehungen zu Frankreich und zu Nordamerika.

Der Gegenstand der Beratung des wirtschaftlichen Ausschusses, der am Montag vormittag im Reichsamt des Innern zusammentrat.

Die „New York Times“ beschäftigt sich in einem Artikel mit den Handelsbeziehungen zum Deutschen Reich und verlangt, daß — um der Herren vom Fleischruft willen — Amerika nicht in einen Zollkrieg mit Deutschland geübt werde. Die amerikanische Regierung möge lieber die Fleischruftmänner ins Gefängnis schicken.

Zuchsen und das Reichsvereinsgesetz.

Die „Deutsche Tageszeitung“ denunziert den neuen sächsischen Bundesratsbevollmächtigten, Dr. Hallbauer, weil er er im Reichstag mitteilte, die sächsische Regierung habe angedeutet, daß das Reichsvereinsgesetz — seiner liberalen Tendenz entsprechend — gehandhabt und die Verwaltungsbehörden angewiesen werden, jede Maßnahmepolitik bestreite zu lassen. Hallbauer verwahrt seine Regierung ferner dagegen, daß ein verkündeter, reaktionärer Bureaokratismus in ihrem Sinne gelegen sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet es nun ganz merkwürdig, daß ein Regierungsvertreter solche Ausführungen mache, weil darauf es ipso zugegeben sei, daß Maßnahmepolitik getrieben worden ist, und daß ein verkündeter, reaktionärer Bureaokratismus herrschen könne. Solche Offenherzigkeit entspricht nicht den Gepflogenheiten der Junker, weshalb der sächsische Regierung der Wink gegeben wird, diesen ungeeigneten Regierungsvertreter so rasch als möglich von seinem Posten zu entfernen.

Lodderwirtschaft.

In der Budgetkommission des Reichstags am Dienstag machte der Staatssekretär des Reichskolonialamtes eine allerliebste Enthüllung über die Lotterwirtschaft, wie sie unter seinen Vorgängern bestanden hat. Es handelte sich um eine Scharfmacherei in Südweltafrika. Dieselbe ist 1600 Mann stark ohne Offiziere, Militärbeamte und Unteroffiziere. Unter den Unteroffizieren sind 32 Feldwebel, 23 Stabsfeldwebel und 34 Zahlmeister. Den Mitgliedern der Kommission erschien namentlich die Zahl der Zahlmeister im Verhältnis zu den Mannschaften zu hoch und es wurde die Frage gestellt, ob man nicht den Feldwebeln die Funktionen der Zahlmeister mit übertragen könne. Das geht nicht, erklärte Staatssekretär Dernburg, wir müssen sachkundige Leute haben, oder soll es wieder so gehen wie früher, wo einfach auf's Geratewohl hinein bestellt wurde. Ich habe jetzt noch 500 000 wollene Strümpfe und Unterhosen zu verkaufen, die feinerzeit zu viel angekauft wurden. Die Kommission hat dieses Kapitel ausgeleuchtet und die Angelegenheit an eine Subkommission verwiesen, die etwas abzuhandeln versuchen soll. Voraussetzungslos wird sie sich auch mit den früher zu viel angekauften Strümpfen und Unterhosen beschäftigen und entsprechende Vorschläge machen, wie Dernburg seine ererbten Wollwaren wieder los wird. Vielleicht findet sich auch hier wie bei der Wertverwaltung in Kiel ein kluger Frankenthal, der das Altmaterial ankauft.

Neue Reichsaufleihe.

Das Deutsche Reich nimmt eine Anleihe von 340 Millionen Mark zu 4 Proz. auf. Die Reichsschulden steigen damit auf 4 893 500 000 Mk. Es sind dann außerdem noch zu begeben 378 Millionen Mark, für die ein späterer Termin abgewartet wird. Damit würde dann die gesamte Reichsschuld den Betrag von 5 271 500 000 Mk. erreicht haben.

Zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrag.

Die amerikanische Regierung soll sich mit der Absicht fassen, eine besondere Kommission nach Berlin zu entsenden, um hier mit den beteiligten Kreisen in Verhandlungen über die Zollfrage einzutreten. Wie behauptet wird, soll die amerikanische Regierung entschlossen sein, von ihren Forderungen bezüglich der Fleischzufuhr einiges nachzulassen.

Der süddeutsche Freisinn.

In Wiesbaden wurde am Sonntag der fünfte Parteitag des süddeutschen Verbandes der Freisinnigen

Volkspartei abgehalten. Beraten wurde die Frage der Fusion der drei linksliberalen Parteien. Nach einem Referat des Rechtsanwalts Dr. Heilbrunn-Frankfurt a. M. und einer Diskussion, in der neben begeisterten Vertretern der Verschmelzung auch Skeptiker zu Worte kamen, ja sogar die runde Ablehnung der Fusion empfohlen wurde, gelangte schließlich doch folgende Resolution — einstimmig — zur Annahme:

Der Parteitag für Süddeutschland tritt dem Beschluß des Zentralausschusses in allen Punkten bei und empfiehlt dem auf den 7. März einberufenen Parteitag die Annahme der Fusion auf Grund des vorgelegten Programms und Organisationsstatuts.“

Nebenher hielt Rektor Ropsch noch ein paar Reden. Sonst ist kein Unglück weiter passiert.

Der braunschweigische Landtag wieder sozialistenrein.

Am 12. Januar vorigen Jahres wurde unser Genosse Dr. Jaspers in der Stichwahl im dritten Wahlkreise der Stadt Braunschweig als erster sozialdemokratischer Abgeordneter in den braunschweigischen Landtag gewählt. Er erhielt 39, zwei Gegner 34 bzw. 24 Stimmen.

Am 18. Dezember 1908 hatte die erste Wahl für den Wahlkreis stattgefunden. Dabei erhielt ein bürgerlicher Brauereibesitzer 34, Genosse Jaspers und ein Zimmermeister Nieß je 31 Stimmen. Dabei war für den Zimmermeister 1 Stimme mitgezählt worden von zwei Stimmzetteln, die, ineinander gefaltet, von einem Wähler abgegeben worden waren.

Dienstag morgen trat der Landtag zusammen und erklärte — in geheimer Abstimmung — wegen der Mitberechnung der einen Stimme für den Zimmermeister Nieß die Wahl Jaspers nahezu einstimmig für ungültig.

Damit ist der braunschweigische Landtag wieder sozialistenrein.

Rußland.

Die Polizeikauf. Der bekannte Schriftsteller N. Rubakin veröffentlicht interessante Angaben über die Stärke der russischen Polizei und die Unsummen, die sie dem Volke kostet. Bei der letzten großen Volkszählung im Jahre 1897 wurden insgesamt 104 575 Polizisten und Gendarmen gezählt, die Spitze und Provokateure natürlich nicht mit inbegriffen. Im Verlauf von zehn Jahren hat diese Zahl, wenn man nur die offiziellen Angaben berücksichtigt außer acht läßt, mehr als um das Doppelte zugenommen. Als die Agrarunruhen ausbrachen, wurde 1903 auf die Ausrüstung Polizes die Landpolizei enorm vermehrt. Wie aus dem Etat des Ministeriums des Innern ersichtlich ist, wurden 1907 im Europäischen Rußland allein mehr als 10 000 Landpolizeiwachmeister und 47 000 Landpolizisten gezählt, die die „Beruhigungsarbeit“ auf dem flachen Lande ausübten. Ganz enorm sind die Ausgaben für die politische Geheimnispolizei angewachsen. Nach Angaben des Ostberliner Führers Dittschow in der Duna sind die Kredite für das Gendarmeriekörper, dem die oberste Leitung der Spitze und Lockspitze obliegt, in den letzten 5 Jahren um 3 Mill. Rubel gestiegen. Welche enormen Summen der Polizeiparagraf verschlingt, ist daraus ersichtlich, daß für das Ministerium des Innern im Jahre 1908 insgesamt 83 1/2 Mill. Rubel bewilligt waren. Hinzuzufügen wäre noch, daß für die Lockspitze und Spionage im Inlande wie im Inlande ungeheure Summen bewilligt werden. Interessante Daten darüber haben die Enthüllungen während der Now und Harting-Affäre und noch kürzlich während des Falles Karpow gebracht. Außer der offiziellen Kredite des Ministeriums des Innern gibt es noch für den Unterhalt der politischen Polizei im Aus- und Inlande geheime Korruptionssfonds, über die feinerzeit Plehwe in einem geheimen Memorandum an den Zaren interessante Aufschlüsse gegeben hat. Nicht zu vergessen endlich die Riesensummen, die die junkerlichen Landtagsversammlungen und vielerorts auch die Bourgeoisie in den letzten Jahren für die Verstärkung der Polizei aus öffentlichen und privaten Mitteln bewilligt haben.

Spanien.

Verhaftung eines Gemeinderats. Aus Barcelona wird berichtet, daß der gesamte Gemeinderat von San Fello, wo ein Generalstreik ausgebrochen ist, bereits beunruhigende Formen angenommen hat, auf Befehl des Generalgouverneurs verhaftet worden sei.

England.

„Nun danket alle Gott!“ In Woolwich, wo sich die großen Arsenalen der englischen Regierung befinden, ist diesmal der bisherige Vertreter, Genosse Crooks, gegen einen Unionisten unterlegen. Tags darauf prangte an einer Kirche in Plumstead, einem zum Wahlkreis Woolwich gehörigen Orte, folgende Ankündigung:

Sonntag, 23. Januar 1910. Besonderer Dank Gottesdienst dem Allmächtigen Herrn und Gott für die einseitige Befreiung von Woolwich und Plumstead aus den Klauen der Sozialisten und Sabbatstörer. Lewis D. Thomas, Vikar.

Da der liebe Gott nach der Meinung des Vikars Woolwich nur ein Stücklein aus den Klauen der Sozialisten befreit hat, darf Will Crooks guten Mutes sein. Der Vikar muß es doch wissen. . . !

Die Wahlen. Die Hoffnung der Liberalen, daß sich ihre Mehrheit in dieser Woche noch erheblich steigern würde, hat sich nicht erfüllt. Wie gemeldet wird, finden sich unter den gestrigen Wahlergebnissen 8 Siege der Unionisten und nicht ein einziger Verlust. — Bis gestern nachmittag 2 Uhr 25 Minuten waren folgende Wahlergebnisse bekannt: 236 Unionisten, 205 Liberale, 35 Arbeiterparteiliche, 70 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 110 Sitze, die Liberalen 13 und die Arbeiterpartei einen Sitz. In Worcesterhire Cast wurden Aupten Chamberlain (Unionist) mit 12 644 Stimmen wiedergewählt, sein liberaler Gegenkandidat Young erhielt 6935 Stimmen. Der Hauptkandidat der Unionisten, Sir Arthur Mead wurde in Wellington (Somersetshire) mit 5216 Stimmen wiedergewählt. Sein liberaler Gegenkandidat erhielt 4150 Stimmen.

Amerika.

Der Fleischboykott in Nordamerika. Der Fleischboykott wird immer ausgedehnter. Auch in New York sind drei Versammlungen abgehalten. In Baltimore unterzeichneten 50 000 Personen die Verpflichtung zur Fleischenthaltung. Die Westküste berichtet über die Fortschritte der Bewegung. Der Fleischkrust ersüchte Hunderte von Viehzüchtern in Nebraska, Wyoming und Montana, die Zufuhren zurückzuhalten. Der Staat Missouri leitet ein selbständiges Verfahren gegen den Fleischkrust ein. In Chicago wurden heute alle Fleischprodukte erheblich ermäßigt. Schweinefleisch verlor 6 Proz. Die dortige Anklagebehörde untersucht die Machenschaften des Fleischkrusts. — Nach Meldungen aus Washington bereitet die Regierung ein planmäßiges Vorgehen gegen alle Kräfte und gleichartigen Unternehmungen vor, zur Einschränkung des Wettbewerbes mit ungeleglichen Mitteln.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

für allgemeine Gesundheitspflege macht in einer seiner letzten Nummern aus den Resultaten der letzten Erhebung über das Volksbadewesen einige interessante Angaben. Im Jahre 1905 wurden im ganzen Deutschen Reich 2847 öffentliche Warmbadanstalten gezählt, so daß eine Badeanstalt auf zirk. 21 000 Personen kam. In den 2847 Anstalten waren insgesamt 18 996 Badewannen, 11 111 Brausen und 232 Schwimmbassins vorhanden. Auf 100 000 Einwohner kommen in den einzelnen deutschen Staaten Badeeinrichtungen:

	Schwimmbassins	Badewannen	Brausen
Preußen	0,8	25,2	17,2
Bayern	0,2	25,8	16,5
Sachsen	0,7	58,8	25,2
Württemberg	0,8	58,8	17,2
Baden	0,5	51,9	33,5
Hessen	0,5	25,5	17,7
Thüringische Staaten	0,5	36,5	22,0
Mecklenburg-Schwerin	0,2	28,7	7,0
Mecklenburg-Strelitz	—	26,1	17,4
Oldenburg	0,2	22,8	5,0
Braunschweig	0,8	28,0	21,4
Hamburg	0,7	47,5	8,8
Lübeck	—	34,7	6,6
Bremen	1,1	88,4	46,8
Schleswig-Holstein	0,3	40,4	11,7

Diese Zahlen beweisen, daß das öffentliche Badewesen in Deutschland noch sehr wenig entwickelt ist. Die meisten Badewannen hat Bremen; 88,4 auf 100 000 Einwohner. Aus den Erhebungen geht aber auch weiter hervor, daß nicht viel mehr als zwei Fünftel aller Einwohner des Reiches in Orten leben mit öffentlichen Warmbadanstalten, von 1000 Einwohnern nur 425, in Preußen nur 420, in Baden nur 414, in Württemberg 389, in Bayern 342. Am günstigsten steht Sachsen da mit 600 auf 1000. Ein ehrendes Zeugnis für seine Reinlichkeit stellen diese Zahlen dem deutschen Volke gerade nicht aus. Es muß noch sehr viel getan werden, bevor sich Deutschlands Badewesen sehen lassen kann! Auch Lübeck steht nicht gerade glänzend da. Der Bau der Schwimmbälle wäre außerordentlich wünschenswert. Das Grundstück an der Parade, welches dafür angekauft ist, trägt riesige Zinsen und wird auch in absehbarer Zeit noch nicht seinem Zwecke dienen. Jedenfalls ist es notwendig, daß hier in Lübeck für ausreichende Badegelegenheit in den Wintermonaten gesorgt wird.

Futter den Vögeln! In diesen Tagen nach dem ungemessen starken Schneefall ist es den meisten Vögeln geradezu unmöglich, auch nur das geringste Futter zu finden, denn hoher Schnee deckt Wiesen und Felder, Gärten und Wälder, Wege und Straßen. Jetzt ist es angebracht, den armen Vögeln in ihrer Not zu helfen.

Sandwirt und Mieter. Das Reichsgericht hat in einem Mietvertragsprozeß die in den gedruckten Mietformularen so oft vorkommende Klausel „bauliche Veränderungen muß der Mieter ohne Entschädigungsberechtigung dulden“ in Übereinstimmung mit verständiger Rechtsprechung dahin ausgelegt, daß dauernde Veränderungen der Wohnung unter dieser Vertragsbestimmung nicht fallen. Die Entscheidungsgründe des Reichsgerichts, die auch den Vertrag näher beleuchten, lauten: „Der Mietvertrag, mittels dessen die Klägerin für ihr Pächtergeschäft vom Beklagten einen Laden mit zwei Schaufenstern mietete, bestimmt in § 5: „Mieter muß sich die vom Vermieter für notwendig oder zweckmäßig erachteten baulichen Veränderungen und Reparaturen in und am Hause zu jeder Zeit, gleichviel, ob sie für ihn störend sind oder nicht, ohne Entschädigung gefallen lassen. . . In den baulichen Veränderungen sind auch die von der Polizei angeordneten zu verstehen.“ Der letzte Satz ist handschriftlich dem sonst gedruckten Formulartexte angefügt. Das Berufungsgericht hat diesen § 5 dahin ausgelegt, daß er nur vorübergehende Störungen des Mieters im Gebrauch der Mietsache im Auge habe, nicht aber Veränderungen des Mietobjekts selbst, die eine dauernde Beeinträchtigung des Mieters enthielten, wie eine solche im vorliegenden Falle durch die polizeilich angeordnete Zumauerung des einen Schaufensters entstanden sei. Die Instanz der Revision gegen diese Auslegung ist verfehlt. Mit dem Wortlaut ist sie durchaus im Einklang. Bauliche „Veränderungen“ sind keineswegs notwendig mit „dauernden Beeinträchtigungen“ des Mieters verbunden, wie die Revision auszuführen sucht. Eine Veränderung kann auch zum Vorteil des Mieters sein. Gleichwohl kann sie ihn während ihrer Ausführung im Gebrauch der Mietsache „störend“ machen. Wer daher vertraglich verpflichtet ist, bauliche Veränderungen, die ihn „störend“, ohne Entschädigung zu dulden, ist damit keineswegs ohne weiteres verpflichtet, auch „dauernde Beeinträchtigungen“ ohne Entschädigung hinzunehmen. Die Bedeutung des handschriftlichen Zusatzes in § 5 hat das Berufungsgericht erwogen. Es findet, daß er an sich betrachtet über den Rahmen der „Störungen“ hinaus nichts verfüge. Auch das ist mit dem Wortlaut im Einklang. Daß der Zusatz auf Grund seiner Entstehungsgeschichte einen anderen Sinn haben kann, ist dadurch anerkannt, daß der Klägerin über eine dahin zielende Behauptung des Beklagten der Eid auferlegt worden ist. Für diese besondere, über den Wortlaut hinausgehende Bedeutung ist mit Recht der Beklagte für beweispflichtig erachtet worden. Hiernach war die Revision zurückzuweisen.“

Nationale Schweinefleisch. Unter den Schweinen des Meiereibehalters Rogmann auf Krummestorf ist die Schweinefleisch angebrochen. Die Ställe des Genannten sind unter Sperre gestellt.

Der starke Schneefall am gestrigen Tage hat mancherlei Verkehrsstörungen und Verkehrserschwerungen in unserer Stadt im Gefolge gehabt. Größte Unfälle haben sich glücklicherweise nicht ereignet. Mehrere hundert Arbeiter waren gefahren und sind heute damit beschäftigt, die Schneemassen aus den Hauptverkehrsstraßen fortzuräumen. Im Anschlussamt wird gesagt, daß alle die Leute, die sich bei dem Polizeiamt zum Schneeschaukeln gemeldet haben, dazu auch angenommen worden sind. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Gestern wurde eine ganze Anzahl von Arbeitern, die gerne tätig sein wollten, abgewiesen und heute war das in noch erheblicherem Maße der Fall. Über hundert Arbeiter, die sich heute morgen meldeten, mußten unrichtiger Sache wieder abziehen. Die Arbeitslosigkeit in Lübeck hat eben leider schon einen großen Umfang erreicht.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag geht außerhalb des Donnerstags-Abonnements in neuer Einbuchtung die Oper „Carmen“ von Bizet in Szene. In den Hauptpartien sind die Herren Göbel, Langefeld, Götzges, von Schenk, Haas sowie die Damen Schardt, Weber und Martel beschäftigt. Am Freitag kommt die reizvolle Operette „Die Fledermaus“ von Strauß zur nochmaligen Wiederholung. In Vorbereitung befindet sich die Schauspiel-Neubildung „Der Andere“ von Paul Lindau.

Stadthaus-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, geht zum ersten Male das erotische Nihilium „Die ersten Menschen“ von Otto Bornkammer hier in Szene. Die Besetzung der Hauptrollen dieses eigenartigen und hochbedeutungsvollen Werkes ist folgende: Chava — Clara Rabitow vom Deutschen Theater in Berlin; Rajin — Alexander Kottmann vom Kleinen Theater in Berlin;

Adahm — Bernhard Wenckhaus vom Stadttheater Königsberg; Chabel — Bernhard Aldor vom Schillertheater Berlin.

Stockeldors. Unter Schlägung. Seit längerer Zeit kassierten hier Gerichte über „Hühnerangelegenheiten“. Jetzt hat das Schöffengericht Schwartau in dieser Sache ein Urteil gefällt. Die Frau W. in Fackenburg wurde wegen Unterschlagung zu 12 Wk. und die Kosten des Verfahrens verurteilt. — Einbruch. In der Nacht zum Donnerstag voriger Woche wurde bei dem Krämer Friedrich Schlichting in Stockeldors eingebrochen. Die Ladenkasse wurde um 12 Wk. geschöpft, sowie Schwaren, Wurst, Speck und Käse gestohlen. — Eine Versammlung der Genossinnen findet am Donnerstagabend im Gesellschaftshaus von Vaction statt. Hossentlich wird dieselbe zahlreich besucht.

w. Nageburg. Unfall. Am Montagabend kamen die mit Baumstämmen beladenen Fuhrwerke der hiesigen Fuhrherren Buselst und Carlau führerlos die Chaussee von Nageburg nach hier; während es gelang, das Carlau'sche Fuhrwerk beim Kirchhof zum Stehen zu bringen, gingen die Buselst'schen Pferde im scharfen Tropp mit dem vollen Wagen die abschüssige Vorstadt hinunter. Bei der Wartesehen Gaitwirtschaft kamen 2 Pferde zu Fall, und muß es als ein Wunder betrachtet werden, daß nicht mehr Unglück passierte. Hilfsbereite Menschen zertrümmten die Geschirre und halfen so den Pferden wieder auf die Beine. Die Pferde schienen unversehrt, nur die Wagendeichsel war zerbrochen.

Meußburg. Unglück im Kanal. In der Nähe der Stadt ist im Nordsee-Kanal ein Greißbagger infolge Reversens eines Rahms, der ihn im Schleppe eines Dampfers von Kiel nach Brunsbüttel bringen sollte, gesunken. Während die Kanalpassage dadurch keine Behinderung erfuhr, ist leider dem Unfall ein Menschenleben zum Opfer gefallen, indem der Maschinist v. Elm von Teilen des umstürzten Baggers getroffen und auf der Stelle getötet wurde. Die Leiche des Maschinisten ist nach hier gebracht worden.

w. Wöflin. Bei Abnahme der Jahresrechnung für 1906 in der letzten Stadtkollegienitzung kam zur Sprache, daß im Werk- und Arneihause von einem Insassen die Malerarbeiten verrichtet worden seien. Dadurch fühlen sich die hiesigen Malermeister in ihrem Verdienst beschränkt. Die Stadt müßte solche Arbeiten von den Malermeistern verrichten lassen. Der Bürgermeister erklärte, daß auf diese Weise viel Geld gespart worden sei: erstens habe der betreffende Insasse einige Wochen gar nichts bekommen, nachher sei er natürlich gering entschädigt worden. Die Arbeiten seien so sauber ausgeführt, daß die Meister dieselben auch nicht besser hätten machen können; er würde für die Folge wieder so handeln. Der Sprecher in dieser Sache, Stadtrat D. Burmeister, erklärte jedoch, daß die Kommission bestimmt wünsche, daß so etwas nicht wieder vorkomme. Die Meister hätten Anspruch auf solche Arbeiten. Der Standpunkt, der hier vertreten wird, forciert zur Kritik heraus. Für uns handelt es sich einmal um das Recht der Verwaltung, Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen. Die Meister können nicht beanspruchen, daß die Stadt Arbeiten, welche sie selbst ausführen lassen kann und will, unter allen Umständen durch sie (die Meister) ausgeführt werden müssen. Andererseits gestehen wir der Verwaltung aber nicht das Recht zu, für derartige Arbeiten den Arbeitern einen so traurigen Lohn zu zahlen, wie in diesem Falle nach Mitteilung des Bürgermeisters gezahlt worden ist. Halten wir schon für unrecht, daß Privatdarbeiter die Notlage des Arbeiters ausnützen und deshalb niedriger Löhne zahlen wie üblich, so steht es einer Verwaltung erst recht nicht an, die Notlage des Arbeiters auszunützen und dann mit den erzielten Überschüssen in öffentlicher Kollegienitzung zu prunken. Wir verlangen, daß die Stadt bei Arbeiten, welche sie selbst ausführen läßt, ortsübliche Löhne zahlt und daß sie endlich ihren Arbeitern, z. B. den Gaswerksarbeitern, das Koalitionsrecht zugesteht, damit von der Arbeiterschaft eine Kontrolle über die seitens der Stadt gezahlten Löhne geübt werden kann.

Wahlrecht. Neue Streiche der Wahlrechtsverfechter. Das Stadterordnetenkollegium verhandelte Montag über 240 gegen den Wahlrechtsstand eingegangene Proteste und lehnte sämtliche Proteste in namentlicher Abstimmung ab. Es wurde von den sich gegen die Ablehnung erklärenden beiden sozialdemokratischen Stadterordneten Simonien und Steen darauf hingewiesen, daß das sog. Kinderprivileg mit in Erwägung zu ziehen sei, was jedoch mit der Motivierung abgelehnt wurde, daß das nicht Sache des Stadterordnetenkollegiums sei, und die Verweigerer sich beim Bezirksausschuß hierüber zu beschweren hätten. Von 14 Stadterordneten waren nur 9 zugegen, da die drei Bürgerlichen durch Abwesenheit glänzten und zwei Mandate unbesetzt sind. Vom Stadterordneten Genossen Simonien wurde noch angeführt, daß für Meterien in gleicher Sache vom Bezirksausschuß entschieden sei, daß die Höhe des Wahlzensus von 1500 Wk. nur für die Stenerstufe von 1350 bis 1500 in Betracht zu ziehen sei. Demnach seien die Wahlrechtsverfechter auch hier begründet. Darauf gaben die Wahlrechtsverfechter, die die Sozialdemokratie um jeden Preis niederknüppeln wollen, natürlich nichts. Was ist ihnen das Recht!

Stensburg. Infolge Schneeverwehungen ist seit Montagabend der Betrieb eingestellt worden auf den Kleinbahnen Stensburg-Kappeln und Stensburg-Satrup-Kundhof. Ferner auf der Strecke Stensburg-Niesbüll und Stensburg-Sonderburg. Der Montagabend 11 Uhr hier fällige Kieler Zug ist nicht eingetroffen. Auf der Hauptbahnstrecke ist der Betrieb aufrechterhalten worden, jedoch mit stundenlangen Verspätungen. Die Dampfeschiffahrt ist vollständig eingestellt. Der Hafen überflutete die Niederungen und ließ das Wasser bis an die unteren Häuser der Schiffbrücke heran. — In ganz Schleswig-Holstein sind gewaltige Schneemassen niedergegangen. Der Eisenbahn- und sonstige Verkehr erleidet empfindliche Störungen, zum Teil sogar völlige Unterbrechung.

Niederrhein. „Es lebe der grüne Tisch und die die ihn umjagen!“ Infolge dieses den Abschluß der Rüge eines schöffengerichtlichen Urteils bildenden Satzes ist der Räteregierungsrat v. M. i. a. w. o. v. M. o. e. l. e. n. d. o. r. f. am 23. Oktober 1909 von der Strafkammer des Landgerichts Rottorf zu 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Hierbei handelt es sich um folgende Vorgänge: Auf Antrag des Angeklagten war einem Knecht von dem Polizeiamt eine Geldstrafe von 5 Wk. auferlegt worden. Der Knecht hatte gerichtliche Entscheidung beantragt und war freigesprochen worden. Ähnlich war es dem Angeklagten vorher mit einem anderen Knecht gegangen. Der Amtsanwalt hatte gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt. Und um ihn zu unterstützen, wie auch aus Erregung darüber, daß das Gericht ihn als Zeugen abgelehnt hatte, da die Sache doch nicht anders entschieden werden könne, schrieb der Angeklagte an den Amtsanwalt einen Brief, in dem es am Schlusse heißt: „Bravo! So kommen also derartige Urteile zu stande. Es lebe der grüne Tisch und die die ihn umjagen!“ Die Strafkammer führt aus, daß der Angeklagte wohl das Recht gehabt habe, das Urteil zu

Das deutsche Volksbadewesen. Um die Entwicklung des Badewesens in Deutschland hat sich die von Professor Lassar gegründete Deutsche Gesellschaft für Volksbäder große Verdienste erworben. Ihre unermüdete Tätigkeit hat sehr viel dazu beigetragen, die der Kommunalisierung des Badewesens zum großen Teil anfänglich ablehnend gegenüberstehenden Gemeindeverwaltungen von dieser Haltung abzubringen und in ihnen Verständnis für diesen Zweig der öffentlichen Hygiene zu erwecken. Ihre Publikationen, die in unregelmäßigen Zwischenräumen erscheinen, bringen eine große Masse wertvollen Materials über die Bedeutung und den Stand des Volksbadewesens, sowie die zweckmäßige Gestaltung von Badeeinrichtungen in Deutschland. Dabei ist besonders die verständnisvolle Sorgfalt hervorzuheben, mit der die Gesellschaft sich gerade die Förderung des Badewesens in den kleinen Gemeinden angelegen sein läßt. Es ist in der Tat auch viel schwieriger, die Einwohner der ländlichen Gemeinden von dem ungeheuren Werte einer Badeanstalt für die öffentliche Gesundheit zu überzeugen, und dann, wenn die Gleichgültigkeit und Trägheit überwunden ist, die nötigen Mittel für die Einrichtung dörflicher Badeanstalten aufzubringen, als in größeren Städten den Bau zentraler, mit allen Badeeinrichtungen versehenen Hallen durchzuführen. Der Zwang zur Pflege der Hygiene ist nun einmal dort viel größer, wo größere Bevölkerungsklassen eng zusammengedrängt hausen.

Trotz der anerkanntwertigen Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft für Volksbäder macht das Volksbadewesen in Deutschland nur langsam Fortschritte. Das Zentralblatt

der Weise zu kritisieren, daß er es in dem Brief als „nicht ernstlich“ bezeichnete. Der Bravo-Ruf und die andere Kundgebung sprachen jedoch eine Nichtachtung des Gerichts aus. Er habe damit dem Schöffengericht einen Fieser verlesen wollen, um seinem Unmut über die Freisprechung Luft zu verschaffen. Das stelle ein schweres Vergehen gegen den Spruch eines Gerichts dar und enthalte auch eine Beleidigung des Vorsitzenden. — Das Reichsgericht erkannte am 24. Januar entsprechend dem Antrage des Reichsanwalts auf Verwerfung der Revision.

Volzenburg a. Elbe. Ballonunfall. Am Montag morgen stieg um 6 1/4 Uhr in Bitterfeld der Ballon „Dag 3“ mit Leutnant v. Tarpant, v. Gustedt und von Steinacker auf. Er geriet dann im Laufe des Mittags in einen Schneesturm, der ihn mit unheimlicher Geschwindigkeit vorwärts trieb. Bei Dammerees, einem Orte in der Nähe von Pralsdorf entschlossen sich die Ballonmänner zu einem Landungsversuch. Als der Führer an der Ventilleine zog, senkte sich der Ballon sehr rasch und ließ ungemein heftig auf den hartgefrorenen Erdboden auf. Im selben Augenblick riß die Ventilleine. Der Ballon wurde wieder 40 Meter hoch gehoben und stürzte dann erneut hernieder. Bei dem entsetzlichen Aufprall wurde der Ballonkorb vollständig umgestülpt, so daß die drei Herren auf dem Kopfe standen. Leutnant v. Tarpant hatte das Unglück, mit seinem Kopfe zwischen Gabelkraut und Erde zu kommen. Ihm wurde hierbei der Unterkiefer schwer verletzt. Auch am

Hinterkopf erlitt er sehr erhebliche Verletzungen und gleichzeitig wurde ihm auch ein Finger abgebrochen. Herr von Gustedt erlitt ebenfalls erhebliche Kontusionen am Kopfe, während der dritte Insasse mit Hautabschürfungen davonkam. Hinzueilenden Landbewohnern gelang die Bergung des Ballons.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Dienstag, 25. Januar.
D. Dalmö, Kapl. Follin, von Kopenhagen in 15 St.
D. Regier, Kapl. Javorin, von Hangö in 6 1/2 St.
D. Stockholm, Kapl. Dieckow, von Königsberg in 2 T.
D. Seeadler, Kapl. Mews, von Wismar in 3 St.
D. Saronia, Kapl. Gaeth, von Riga in 2 1/2 T.
D. Meta, Kapl. Ehter, von Jelmarn in 4 St.
Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Dienstag, 25. Januar.
D. Dalmö, Kapl. Verah, nach Kopenhagen.
D. Vermland, Kapl. Orbon, nach Gothenburg.
D. Ulla Boog, Kapl. Ahrens, nach Windau.
D. Rhemania, Kapl. Kapprich, nach Port Said.
D. Vulkan, Kapl. Nielsen, nach Liebau.
Schiffsbewegungen.
D. Kunctese ist gestern vormittag in Pillau angekommen.

D. Rheia, Kapl. Siller, ist gestern früh von Rotterdam auf hier abgegangen.

Hamburger Steruschau-Viehmarkt vom 25. Januar.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.
Auftrieb 1220 Schweine. Die Zufuhr zum Markt war des starken Schneefalles wegen noch nicht völlig beendet. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 70,— bis 71,— (56,— bis 57,—) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 69,50 bis 70,— (54,— bis 54,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 69,— bis 69,— (54,00 bis 55,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 69,— bis 70,— (52,50 bis 53,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 68,50 bis 68,— (48,50 bis 51,—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 66,00 bis 67,50 (53,— bis 54,—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 59,00 bis 63,50 (46,50 bis 49,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“

Gesucht tüchtige Arbeiterinnen August Schuhmacher
Ernestinenstraße 3.

Empfehlen zu sofort und wätere tüchtige Mädchen für Küche und Hausarbeit.

Stellensuchweis des Vereins der Hausangestellten
Johannisstr. 48, vt. — Tel. 1406.
Geöffnet von 4—6 Uhr nachm.

Umständeh. z. 1. April abgeschlossen.
Facterwohn. v. 3 gr. Zim. u. Zub. zu vermieten. Brückstraße 7, 1.

Drei- und Zweifamilienwohnung zu vermieten.
Kitterstr. 3a, b. Steinradenwea.

2 flotte Damenmaskenanzüge zu vermieten.
Friedenstraße 31, 1.

Verloren eine Schürze mit einem Sobel. Abzugeben
Eisenstraße 12, vattere.

Am 27. Januar eröffne ich eine Speiseanstalt.
Mittag 30, Abend 25—25 Pfg.
Donikon mit Brot 10 Pfg.
Spezialität: Königsberger Rieck.
E. Wenzel, Linterrade 9, 1.

Alle Sorten Gaskoks Hartkoks Briketts Kohlen zu billigsten Preisen in anerkannt besten Qualitäten
Christian Gäde,
Fischergrube 4. — Lager Drebrücke.
Ab Lager ermäßigte Preise.
Hartkoksbrief ganz billig!
la. Schweinefleisch 75 Pf.
auch Bratenfleisch, Rind, Kalb und Schweinefleisch.
Abholkosten 10 Pfg.
M. Lahrz, Bismarckstraße 16.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmerarbeit stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet: Bei Barzahlung Rabatt.
Gute rote Lubeck-Rabattmarken.

Rechnungs-Formulare
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:

Empfehlungstypen

werden hergestellt in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Die Krankenpflege im Hause

als neuzeitliches Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Disziplinierung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken etc. wichtige Ratschläge gegeben sind.
Preis 20 Pfg.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.



HANSA
Backpulver bleibt unerreich.
Nährmittel-Fabrik „Hansa“ Hamburg.
Für 50 „Hansa“-Düten erhalten Sie eine Dose ff. Kakos gratis.
Hans Wilms, 1. Wallstraße 15 a. Telefon 2065.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt
Meggendorfer-Blätter
München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probepublikation vom Verlag, München, Theaterstr. 47
Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47 befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.
(G. G. Nr. 24)

General - Versammlung
am Montag, dem 31. Januar 1910, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909 und Jahresbilanz.
2. Statuten-Änderung (§ 7 n. n.)
3. Wahlen nach § 17 des Statuts.
4. Verschiedene Kassenanliegenheiten.
NB. Nach Schluß der Versammlung Vorlegung der Jahres-Abrechnung der Frauen-Sterbe-Kasse.
NB. Die Versammlung findet nicht wie zuerst bekannt gegeben am Freitag, dem 28., sondern am Montag, dem 31. Januar, statt.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.
(Pariser Kinema)
Der Inspektor der Gasanstalt. — Das Raubtier.
Die Radikalkur. — Eisbärenjagd.
Pieke im Theater.
Degradiert.
Die junge Führerin.
Drama auf Corsika.
Man soll nicht mit der Liebe spielen.
Besuch einer Pariserin in Venedig.
Die Schlafkrankheit!
Nur noch Mittwoch und Donnerstag
Vorführung 5 1/2 Uhr, 7 1/2 Uhr, 9 1/2 Uhr.
Die Direktoren.

Ha
Krankenkasse
General
am Sonn- aber im Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50-52.
1. Abrechnung
2. Wahlen.
3. Innere Angelegenheiten.
Nach Generalversammlung der Männer- statt.

Holzarbeit
General
Krankenkasse am Donnerstag
Johannisstr. 50-52.
1. Jahresbericht
2. Wahlen.
3. Verschiedenes

Vorles der Ober im Winter.
Die Kunst der Vorträge über deutsch. Dienstag. Eröffnungswendigkeit-Bedeutung.
Ref. Direktor
Dienstag, den 22. Februar:
3. Vortrag.
Mode und Geschmack.
Ref. Professor Dr. Max Schmidt-Aachen.
Dienstag, den 1. März:
4. Vortrag.
Schaufensterdekoration.
Ref. Arch. August Endell-Berlin.
Die Vorlesungen finden in der Aula des Johanneums, Bei St. Johannis 3, statt. Beginn abends 8 1/4 Uhr.

Eintrittskarten sind zu haben im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießerstr. 4 L, bei F. W. Kaibel, Breitestraße 40, Richard Quitzow, Breitestr. 97, Lübcke & Nöhning, Breitestr. 31, Robert Lübcke, Königstr. 41, im Bureau der Ortskrankenkasse und der öffentlichen Lesehalle, Mengstraße 23, in der Nebenstelle der Spar- und Anleihekasse, Fackenburg Allee 13/15, sowie an den Vortragsabenden im Johanneum.
Preis für die Vortragsserie Mk. 1.—

Stadttheater Königsberg.
Günstige Preise. Inhaberkarten ungültig. Der Vorverkauf für dieses Gastspiel beginnt am Montag, 24. Januar, in den bekanntesten Stellen bei Nagel, Markt 14, und K o f f, Kohlmarkt 13.
Sitzbücher des Wertes „Die ersten Menschen“ sind in den Vorverkaufsstellen und abends an der Theaterkasse des „Stadthallen-Theaters“ zum Preise von Mk. 1,50 broschiert und Mk. 2,50 elegant gebunden, erhältlich.

Neues Stadttheater.
Donnerstag, 27. Januar, 7 1/2 Uhr. Außerhalb des Donnerstags-Abend-Vollabonn. 114. Fest-Vorstellung zur Feier von Kaisers Geburtstag bei festlich erleuchtetem Hause!
Carmen.
Oper von Bizet.
Freitag:
Die Fledermaus.
Operette von Joh. Strauß.

Herrn Zapps letzte Ruhestätte.

Von Fritz v. D. (in der 'Jugend').

Sie hatten einander so innig geliebt, wie das nur zwei Leute fertig bringen...

Sie war kurz und fett - er war lang undager. Sie trank dunkles, er trank helles...

Dann da ab geschah es kurzweilig auf uns ging zum Notar. Von dem unbedeutendsten Geringsten über sein leibliches Vermögen...

Das war Herrn Zapps letzte und größte Beschäftigung. Das war Herrn Zapps letzte und größte Beschäftigung...

Und sie ärgerte sich gewaltig. Aber menschlich. Auf sein Geld verzichten! Das war ihr einer Bedanke, denn ihre Vermögen war die Vererbung in Gotha an sich schon ein Gewinn. Aber! Da war ihre eigene Gabigkeit...

einem größeren moralischen Rücksicht. Und der eigenen Kampfes gegen Not, Ausbeutung und Rechtlosigkeit...

Damit aber, sowie mit der Herabminderung der materiellen Not sind die beiden Schutzwaffen geschaffen...

Gegenüber jenen Ursachen, die in der zahlungsunfähigen Männerwelt die Nachfrage nach den Prostituierten bedingen...

Kämpfe sind alle Maßnahmen, die getroffen, alle Forderungen, die gestellt sind...

Über auch dort, wo durch Gesetzgebung und Verwaltung die Geschlechtsflauei des Weibes funktioniert...

Allelei Willensmeries.

Ein großes Schreibmaschinen-Wettfähreiben um die Weltwirtschaft von Europa wird Anfangs März in den Ausstellungen stattfinden...

Aus den Wikblättern.

Nach Kümmerer mich nicht um das Urteil der Kritikwelt. Natürlich, - das würde Sie auch total nutzlos machen...

Auf zu fernem Kampfe verlor und entfloß mit kläglichem Scheitern, indem er dem Bären das Geld überließ...

Für unsere Frauen.

Frauenrechtlerische Verfeinerung.

Die Nummer 24 der 'Frauenbewegung' bringt einen Bericht über zwei Konferenzen zur 'Eitlichkeitsfrage'...

Man erklären mir, daß die Behauptung des Bräulein Wappenheim - soweit sie die Sozialdemokratie betrifft - eine große Unwahrheit ist...

Man weiß genau, daß die Behauptung der Sozialdemokraten, daß sie von all den Maßnahmen, die im Lande ausüblich sind...

Der die Ursachen der Prostitution kennt, weiß, daß sie wurzelt in der heutigen Eigentumsordnung...

Unsere Kämpfe um eine bessere Gegenwart, um eine sonnige Zukunft für die gesamte Arbeiterklasse...

Sebastian Zapf aber als Gampgepöhl in des Wortes ver-

worther Bedeutung. Jenerlei erhabene Gebanten kamen ihm auf der langen

Weg der Kindsmaße mit einem armenhülfigen

Das zweite ist ein Märchen!

Das dritte ist ein Märchen!

So neringt die Zeit.

„Der Nichterhalt?“

„Über das was da oben steht?“

„Das war gar kein Zweifel mehr möglich.“

„Der kleine Fritz hat seinen ganzen Schief-Gröbner

baran war nichts abgubanden.

„Erlauben Sie mir nicht! Sollen Fritz sein Leben

„Sollte man überhaupt von ihr Schwand reden?

Die heilige, das Geben ist immer als möglich

Das die Menschen sich gegenseitig helfen, wissen

Die Frage muß entschieden bejaht werden, wie sich

Bei einem Spottreden hat sich mit kirchlich folgen

„Sollte man überhaupt von ihr Schwand reden?“

„Das war gar kein Zweifel mehr möglich.“

„Der kleine Fritz hat seinen ganzen Schief-Gröbner

Die ersten hielten ihn fest und hätten ihn wahrhaftig er-

„Das war gar kein Zweifel mehr möglich.“

„Der kleine Fritz hat seinen ganzen Schief-Gröbner

„Das war gar kein Zweifel mehr möglich.“

„Der kleine Fritz hat seinen ganzen Schief-Gröbner

„Das war gar kein Zweifel mehr möglich.“

„Der kleine Fritz hat seinen ganzen Schief-Gröbner

„Das war gar kein Zweifel mehr möglich.“

„Der kleine Fritz hat seinen ganzen Schief-Gröbner